

Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Verkauf von Eintrittskarten und Kursen der Versorgungs- und Bäderbetriebe Verl (im folgenden VBV genannt).

gültig ab 01.05.2025

## 1. Geltung

Die VBV verkaufen in eigenem Namen für die von ihnen betriebenen Einrichtungen Eintrittskarten und Kurse an Einzelkunden und Gruppen (im Folgenden Kunden genannt). Der Verkauf erfolgt an den Kassen der Einrichtungen der VBV, im Bürgerservice der Stadt Verl oder durch Bestellung des Kunden über die Internetplattform der VBV.

Für Rechtsgeschäfte zwischen dem Kunden und den VBV gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden AGB genannt) in ihrer jeweils aktuellen Fassung. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden werden nicht anerkannt.

## 2. Vertragsabschluss

Der Vertrag zwischen dem Kunden und den VBV kommt entweder durch den Barverkauf an den Kassen der Einrichtungen der VBV oder durch die Bestellung des Kunden zustande. Den VBV bleibt es unbenommen, innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Bestellung, diese abzulehnen.

Die Angebote von Kursen über die Internetplattform der VBV sind unverbindlich. Anmeldungen für die Kurse erfolgen online. Der Vertrag kommt mit Zusendung einer Buchungsbestätigung an die vom Kunden angegebene E-Mail-Adresse zustande.

## 3. Versand

Eintrittskarten und Kurse, die nicht durch Barkauf an den Kassen der Einrichtungen der VBV durch den Kunden erworben werden, erhält der Kunde auf dessen Gefahr per E-Mail zugesandt. Eine erfolgreiche Zusendung via E-Mail setzt die korrekte Angabe der E-Mail-Adresse des Kunden voraus.

Die VBV prüfen die Bestellung und sind zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt, wenn die Ware nicht verfügbar ist. Hierüber werden die VBV den Käufer unverzüglich informieren. Ein ggfs. bereits gezahlter Kaufpreis wird unverzüglich erstattet.

Sollten die VBV durch höhere Gewalt, Krieg, Arbeitskampfmaßnahmen bei dem eigenen Unternehmen oder Zulieferbetrieben, Anordnungen von hoher Hand oder durch Umstände, die abzuwenden nicht in ihrer Macht liegen bzw. deren Abwendung mit einem angemessenen wirtschaftlichen Aufwand nicht erreicht werden kann, gehindert sein, die Erbringung ihrer vertraglichen Pflichten zu gewährleisten, so ruhen die vertraglichen Pflichten der VBV, bis diese Umstände und deren Folgen beseitigt sind. In solchen Fällen kann der Kunde keine Entschädigung beanspruchen.

VBV hat das Recht, in einem solchen Fall vom Vertrag zurückzutreten. Hierüber wird die VBV den Käufer unverzüglich informieren. Ein ggfs. bereits gezahlter Kaufpreis wird unverzüglich erstattet.

Ein Rücktrittsrecht der VBV besteht auch bei Schreib-, Druck- und Rechenfehlern.

#### 4. Widerrufsrecht des Kunden

##### Widerrufsbelehrung - Widerrufsrecht

Der Kunde kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) oder durch Rücksendung der Ware widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform, jedoch nicht vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang der ersten Teillieferung) und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312g Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: Versorgungs- und Bäderbetriebe Verl, Paderborner Str. 5, 33415 Verl, E-Mail: baederbetriebe@verl.de.

Gemäß § 312g Abs. 2 Nr. 9 BGB besteht ein Widerrufsrecht nicht bei Verträgen zur Erbringung weiterer Dienstleistungen im Zusammenhang mit Freizeitbetätigungen, wenn der Vertrag für die Erbringung einen spezifischen Termin oder Zeitraum vorsieht und die Anzahl zur zeitgleichen Bedienung von Kunden begrenzt ist und im Vorhinein genau festgelegt wird (z.B. Kurse).

## Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurück zu gewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z.B. Zinsen) herauszugeben. Kann der Kunde uns die empfangenen Leistungen sowie Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) nicht oder teilweise nicht oder nur in verschlechterten Zustand zurück gewähren bzw. herausgeben, muss der Kunde uns insoweit Wertersatz leisten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für den Kunden mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang. Beträgt der Bestellwert mehr als 40,00 €, erstattet die VBV die Kosten der Rücksendung.

## 5. Streitbeilegungsverfahren

Die Stadt Verl erklärt sich bereit, hinsichtlich von Streitigkeiten zu einem Nutzungsverhältnis der Bäderbetriebe an der alternativen Streitbeilegung mit Verbrauchern nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) teilzunehmen.

Hiernach ist der Verbraucher im Sinne des § 13 BGB (Verbraucher) berechtigt, die Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des VSBG zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens anzurufen, wenn er zuvor seine Beschwerde an das Unternehmen gerichtet hat. Verbraucherbeschwerden sind zu richten an: Versorgungs- und Bäderbetriebe Verl, Paderborner Str. 5, 33415 Verl, E-Mail: [baederbetriebe@verl.de](mailto:baederbetriebe@verl.de). Die Kontaktdaten der zuständigen Verbraucherschlichtungsstelle sind: Allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle des Zentrums für Schlichtung e.V., Straßburger Str. 8, 77694 Kehl, Telefon: 07851 79579 40, Internet: [www.verbraucher-schlichter.de](http://www.verbraucher-schlichter.de), E-Mail: [mail@verbraucher-schlichter.de](mailto:mail@verbraucher-schlichter.de).

Sind seit der Geltendmachung des streitigen Anspruchs gegenüber dem Unternehmen nicht mehr als zwei Monate vergangen und hat das Unternehmen den streitigen Anspruch in dieser Zeit weder anerkannt noch abgelehnt, so kann das Unternehmen das Schlichtungsverfahren für die Restdauer der zwei Monate aussetzen lassen. Der Antrag bei der Verbraucherschlichtungsstelle hemmt die gesetzliche Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 4 BGB. Das Recht der Beteiligten, die Gerichte anzurufen oder ein anderes Verfahren zu beantragen, bleibt unberührt.

## 6. Beilegung von Streitigkeiten aus Online-Verträgen

Verbraucher haben die Möglichkeit, über die Online-Streitbeilegungs-Plattform der Europäischen Union kostenlose Hilfestellung für die Einreichung einer

Verbraucherbeschwerde zu einem Online-Kaufvertrag oder Online- Dienstleistungsvertrag sowie Informationen über die Verfahren an den Verbraucherschlichtungsstellen der Europäischen Union zu erhalten. Die Plattform kann unter folgendem Link aufgerufen werden: <https://ec.europa.eu/consumers/odr/>.

## 7. Zahlungsfrist, Eigentumsvorbehalt und Verzug

Bei Kauf auf Rechnung beträgt die Zahlungsfrist 14 Tage beginnend mit dem Zugang der Rechnung ohne Abzüge von der Rechnungssumme.

Eintrittskarten bleiben bis zur vollständigen Zahlung Eigentum der VBV. Sollte eine Zahlung rückbelastet werden, ist der Kunde zur sofortigen Rücksendung der Eintrittskarten verpflichtet und trägt sämtliche entstehenden Kosten.

Bis zur vollständigen Zahlung sind die VBV berechtigt, die Eintrittskarten zu sperren.

Verzug und Verzugsschaden richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Kommt der Kunde mit der Zahlung in Verzug, so ist die VBV, wenn sie nach der ersten unentgeltlichen Zahlungsaufforderung erneut zur Zahlung auffordert, berechtigt, dem Kunden die dadurch entstandenen Kosten pauschal in Rechnung zu stellen. Dem Kunden ist der Nachweis gestattet, solche Kosten seien der VBV nicht entstanden oder wesentlich niedriger als die Pauschale.

## 8. Rückgabe und Umtausch

Unbeschadet des Widerspruchsrechts nach Ziffer 4 sind Eintrittskarten von Rückgabe und Umtausch grundsätzlich ausgeschlossen. Geldwertkarten werden erst ab 10 € ausgezahlt.

In Ausnahmefällen sind die VBV bereit, einen Umtausch bzw. eine Stornierung vorzunehmen. Dies ist aber nur möglich, wenn der ursprüngliche Käufer eindeutig zu identifizieren und zuzuordnen ist. Es handelt sich hierbei um Einzelfallentscheidung auf Grund von Kulanz ohne die Anerkennung einer Rechtspflicht und ohne Präjudizwirkung.

Einen Rechtsanspruch des Käufers auf Umtausch oder Stornierung wird hieraus ausdrücklich -außer in Fällen nach Ziffer 4 –nicht begründet.

## 9. Gebühren bei Verlust, Stornierung und Umwandlung von Eintrittsmedien

Erhält der Badegast zum Eintritt und Gebrauch in den Einrichtungen der VBV ein wieder verwertbares Medium, sind die VBV berechtigt, bei Verlust eine Gebühr zu erheben. Die Gebühr orientiert sich an dem Einkaufswert des Mediums zuzüglich eines zugeordneten Kreditlimits und einem Verwaltungskostenbeitrag.

Bei Stornierung von Sicht-, Mehrfach- oder Wertkarten können die VBV eine Gebühr erheben, die sich in ihrer Höhe an den verursachten Verwaltungskosten orientiert.

Dies gilt ebenso für die Stornierung oder Umwandlung von Kursen der VBV durch den Kunden.

## 10. Haus- und Badeordnung

Mit dem Kauf von Eintrittskarten erkennt der Kunde für die Nutzung der Einrichtungen der VBV die „Haus- und Badeordnung“ des Freibads sowie des Hallenbads in ihrer jeweils aktuellen Fassung an. Die jeweils geltende Fassung ist der Internetseite der VBV zu entnehmen und wird in den Einrichtungen der VBV zur Einsicht ausgehängt.

## 11. Haftung und Schadensersatz

Die Haftung der VBV sowie ihrer Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ist ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde. Dies gilt nicht,

- soweit zwingend gehaftet wird, z.B. nach dem Produkthaftungsgesetz,
- bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie
- bei einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d.h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).

Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den die VBV bei Abschluss des jeweiligen Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die sie kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nichtleitende Angestellte) außerhalb des Bereichs der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.

## 12. Datenschutz/Datenaustausch mit Auskunftfeien/Widerspruchsrecht

Verantwortlicher für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist:

Versorgungs- und Bäderbetriebe Verl, Paderborner Str. 5, 33415 Verl, E-Mail: baederbetriebe@verl.de

Der Datenschutzbeauftragte der VBV steht dem Kunden für Fragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten zur Verfügung unter:

Kommunales Rechenzentrum Minden - Ravensberg/Lippe Herr Christian Rosner

Bismarckstraße 23A 32657 Lemgo

Tel.: 05261 252505

E-Mail: c.rosner2@krz.de

Die VBV verarbeitet folgende Kategorien personenbezogener Daten: Kontaktdaten des Kunden (z. B. Name, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Abrechnungsdaten (z. B. Bankverbindungsdaten), Daten zum Zahlungsverhalten.

Die VBV verarbeitet die personenbezogenen Daten des Kunden zu den folgenden Zwecken und auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- a) Erfüllung des Vertrages und Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Anfrage des Kunden auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO.
- b) Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (z. B. wegen handels- oder steuerrechtlicher Vorgaben) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO.
- c) Direktwerbung und Marktforschung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Verarbeitungen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der VBV oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.
- d) Soweit der Kunde der VBV eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zur Telefonwerbung erteilt hat, verarbeitet die VBV personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Eine Einwilligung zur Telefonwerbung kann der Kunde jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.

Eine Offenlegung bzw. Übermittlung der personenbezogenen Daten des Kunden erfolgt – im Rahmen der oben genannten Zwecke – ausschließlich gegenüber folgenden Empfängern bzw.

Kategorien von Empfängern: Stadt Verl, sowie Dienstleistern, die zur Leistungserbringung der genannten Zwecke erforderlich sind und im Sinne der DSGVO als Auftragsverarbeiter gelten. Diese werden vertraglich zur Einhaltung des Datenschutzniveaus verpflichtet.

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an oder in Drittländer oder an internationale Organisationen erfolgt nicht.

Die personenbezogenen Daten des Kunden werden zu den oben genannten Zwecken solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich ist. Zum Zwecke der Direktwerbung und der Marktforschung werden die personenbezogenen Daten des Kunden solange gespeichert, wie ein überwiegendes rechtliches Interesse der VBV an der Verarbeitung nach Maßgabe der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen besteht, längstens jedoch für eine Dauer von zwei Jahren über das Vertragsende hinaus.

Der Kunde hat gegenüber der VBV Rechte auf Auskunft über seine gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO); Berichtigung der Daten, wenn sie fehlerhaft, veraltet oder sonst wie unrichtig sind (Art. 16 DSGVO); Löschung, wenn die Speicherung unzulässig ist, der Zweck der Verarbeitung erfüllt und die Speicherung daher nicht mehr erforderlich ist oder der Kunde eine erteilte Einwilligung zur Verarbeitung bestimmter personenbezogener Daten widerrufen hat (Art. 17 DSGVO); Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 Abs. 1 lit. a) bis d) DSGVO genannten Voraussetzungen gegeben ist (Art. 18 DSGVO), Datenübertragbarkeit der vom Kunden bereitgestellten, ihn betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 20 DSGVO), Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung, wobei der Widerruf die Rechtmäßigkeit der bis dahin aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 DSGVO) und Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO).

#### Widerspruchsrecht

Der Kunde kann der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten für Zwecke der Direktwerbung und/oder der Marktforschung gegenüber der VBV ohne Angabe von Gründen jederzeit widersprechen. Die VBV wird die personenbezogenen Daten nach dem Eingang des Widerspruchs nicht mehr für die Zwecke der Direktwerbung und/oder Marktforschung verarbeiten und die Daten löschen, wenn eine Verarbeitung nicht zu anderen Zwecken (beispielsweise zur Erfüllung des Vertrages) erforderlich ist.

Auch anderen Verarbeitungen, die die VBV auf ein berechtigtes Interesse i. S. d. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO stützen, kann der Kunde gegenüber der VBV aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Kunden ergeben, jederzeit unter Angabe dieser Gründe widersprechen. Die VBV wird die personenbezogenen Daten im Falle eines begründeten Widerspruchs grundsätzlich nicht mehr für die betreffenden Zwecke verarbeiten und die Daten

löschen, es sei denn, sie können zwingende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Kunden überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist zu richten an:

Versorgungs- und Bäderbetriebe Verl,

Paderborner Str. 5,

33415 Verl,

E-Mail: [baederbetriebe@verl.de](mailto:baederbetriebe@verl.de)

### 13. Preislisten

Es gelten die Preislisten der VBV in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

### 14. Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand, salvatorische Klausel

Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Erfüllungsort ist Verl. Gerichtsstand ist Verl.

Soweit einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung tritt die für diesen Fall branchenübliche Bestimmung, bei Fehlen einer zulässigen branchenüblichen Bestimmung die entsprechende gesetzliche Bestimmung. Entsprechendes gilt für jede Lücke im Vertrag.

Verl im Mai 2025

Versorgungs- und Bäderbetriebe

Die Betriebsleitung